

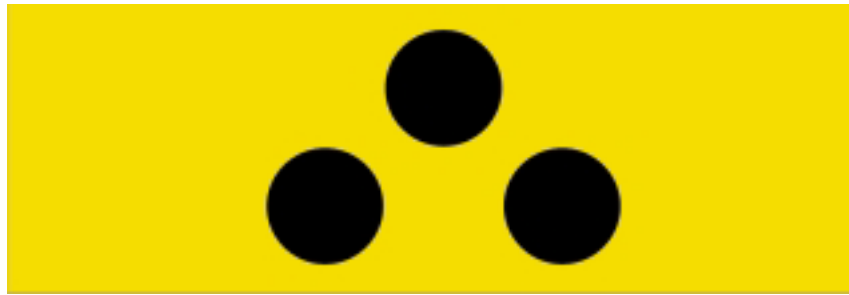
Demonstration in Hannover

SoVD Niedersachsen unterstützt Protest gegen die Abschaffung des Landesblindengeldes

Mit großer Empörung haben zahlreiche Mitglieder des SoVD Niedersachsen auf die von der niedersächsischen Landesregierung geplante Abschaffung des Landesblindengeldes reagiert. Vorsitzender Adolf Bauer hat dieses Vorhaben als „fatales Signal“ bezeichnet.

Der öffentliche Protest geht nun weiter: Am 11. September 2004 findet eine Demonstration gegen die Streichung des Blindengeldes in Hannover statt. Die Veranstaltung wird organisiert vom Blindenverband Niedersachsen (BVN); der SoVD Niedersachsen unterstützt den Protest und appelliert an seine Mitglieder, sich zu beteiligen. Einer der Hauptredner der Veranstaltung wird Adolf Bauer sein.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer treffen sich am Samstag, 11. September 2004, um 10 Uhr auf dem Schützenplatz in Hannover. Von dort aus geht es weiter in die Innenstadt; die Kundgebung wird an einem zentralen Platz (Steintor oder Aegidien-



torplatz) stattfinden. Der genaue Veranstaltungsort wird kurz vorher bekannt gegeben (Presse, Internet). Es wird mit mehreren tausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern – auch aus anderen Bundesländern – gerechnet.

Informationen und Material hat der Blindenverband Niedersachsen auf seiner Internetseite unter www.blindenverband.org zusammen gestellt. Dort können Handzettel ausgedruckt und Unterschriftenlisten eingesehen werden.

Die harte Kritik des SoVD Niedersachsen an der geplanten Abschaffung des Blindengeldes hat landesweit Aufmerksamkeit ge-

funden. Dass Niedersachsen als erstes Bundesland die einkommens- und vermögensunabhängige Zahlung des Landesblindengeldes abschaffen will, hat Adolf Bauer als „Affront gegen blinde und sehbehinderte Menschen“ bezeichnet und damit die Meinung vieler – auch nicht betroffener – Menschen zum Ausdruck gebracht. Dies zeigen auch zahlreiche Leserbriefe in den niedersächsischen Tageszeitungen.

Adolf Bauer appelliert noch einmal an den Ministerpräsidenten Christian Wulff, nicht immer zuerst bei den Schwächsten der Gesellschaft den Rotstift anzusetzen. som

Integrative Beschulung

Expertengremium tagte erstmals im SoVD-Haus

Um verstärkt Einfluss zu nehmen und die integrative Beschulung flächendeckend in Niedersachsen umzusetzen, hat der SoVD Niedersachsen ein Expertengremium gegründet. Neben Prof. Rolf Wernstedt (ehemaliger Kultusminister) konnte der SoVD Niedersachsen Horst Horrmann (MdL) und den Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen, Karl Finke, für dieses Gremium gewinnen. Die Leitung hat die Sozialpolitische Sprecherin Edda Schliepack.

Die Grundlage des ersten Treffens bildete der Erlassentwurf „Sonderpädagogische Förderung“. Dr. Peter Wachtel, schulfachlicher Referent des Niedersächsischen Kultusministeriums, stellte die Entwicklung des neuen Grundsatzes zur sonderpädagogischen Förderung vor.

„Der Erlass schafft eine gute fachliche Grundlage für die schulische Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf“, so die Gremiumsmitglieder. Doch eine zentrale und langjährige Forderung des SoVD Niedersachsen wurde stark kritisiert: Immer noch können Lehrerkollegium und Schulgesamtkonferenzen Kindern im Vorfeld die Möglichkeit der integrativen Beschulung verweigern, während das niedersächsische Schulgesetz ausdrücklich die Möglichkeit der integrativen Beschulung vorsieht.

Außerdem bietet der Haushaltsvorbehalt und die aktuellen Umstrukturierungen im Schulsystem Ausreden, um den Anforderungen des integrativen Unterrichts auszuweichen. Schulen sehen sich oftmals

überfordert, sich neben den einschneidenden strukturellen Veränderungen im Schulsystem auch noch auf Kinder mit Behinderungen einzustellen.

Die Gremiumsmitglieder sprechen sich dafür aus, dass die Lehrerbildung mit sonderpädagogischen Aspekten ergänzt und erweitert und der Praxisbereich, d. h. Praktika an Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, in die Studiengänge mit aufgenommen werden. Außerdem müssen vermehrt Fortbildungen zur Organisation und Durchführung von integrativem Unterricht angeboten werden.

Das Expertengremium wird eine Stellungnahme zu dem Erlassentwurf der sonderpädagogischen Förderung abgeben und die aufgeführten Aspekte entsprechend berücksichtigen. BK

Altersdiskriminierung

Kommentar von Adolf Bauer

Wir erinnern uns noch genau – ein Jahr ist es her, dass ein Philipp Mißfelder gefordert hat: „Keine neuen Hüftgelenke mehr für über 85-Jährige!“. Eine Welle des Protestes schlug dem Jungunionisten entgegen, doch haben nicht manche gedacht: „Recht hat er, das lohnt nicht mehr“? Alte Menschen werden in unserer Gesellschaft immer noch und immer wieder diskriminiert: Weg mit ihnen, sie sind lahm, faltig, Sand im Getriebe, nutzlos, wertlos, ein Kostenfaktor. Fatal, denn wir alle wissen, dass aufgrund der demografischen Entwicklung in Deutschland eine „Revolution der Alten“ bevorstehen muss, dass Hundertjährige bald keine Ausnahmen mehr sind, dass Rentnerinnen und Rentner bald stärker denn je unser Straßenbild prägen werden.

Dennoch: Alte werden diskriminiert. Über 80-Jährige werden im Krankenhaus oft weniger aufwändig behandelt als Jüngere; dies belegen Untersuchungen. Gleiches gilt für ambulante Arztpraxen. Bei unklaren Befunden werden Ältere abgewimmelt, EKG's und Laboruntersuchungen nicht sauber ausgeführt. Selbst in Pflegeheimen ist die medizinische Versorgung nicht mehr sicher gestellt: Kranke Bewohnerinnen und Bewohner müssen beispielsweise in umliegende Kliniken transportiert werden, damit ihnen ein Katheter gesetzt werden kann. Das ist unzumutbar – ebenso wie die Tatsache, dass Heimbewohnerinnen und -bewohner, die Sozialhilfe beziehen, weniger Taschengeld erhalten und davon nun auch Medikamente bezahlen müssen.

Wer alt und krank ist, stört. Doch wo fängt Alter, wo fängt Krankheit an? Einige Krankenzusatzversicherungen unterliegen einer Alterseinschränkung; sogar 55-Jährige müssen unter Umständen nicht mehr in die Gesetzliche Krankenversicherung aufgenommen werden. Teilweise gelten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer heute mit 35 schon als alt; das ist völlig absurd.

Nur langsam setzt ein Umdenken ein. Die Potenziale des Alters und das Engagement von Seniorinnen und Senioren dürfen nicht länger außer acht gelassen werden. Politik und Wirtschaft haben das erkannt, doch zwischen Schönwetterreden und Absichtsbekundungen und der Realität liegen oft noch große Unterschiede. Zahllose Beispiele zeigen jedoch, dass ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wertvoll für ihre Betriebe sind, dass Alte helfen und gebraucht werden wol-

Private Altersvorsorge: Bürger vertrauen der LVA

Umfrage bestätigt Beratungskompetenz

Wenn es um das Thema Altersvorsorge geht, genießt die Landesversicherungsanstalt (LVA) mit ihren vielfältigen Beratungsangeboten höchstes Vertrauen bei den Menschen in Deutschland. Nach einer Untersuchung des Institutes für Demoskopie Allensbach erwarten 64 Prozent aller Befragten von der gesetzlichen Rentenversicherung gute, zuverlässige und vor allem zielführende Beratung.

Immerhin ist neutraler und unabhängiger Rat für die Zukunftsplanung besonders wichtig, weil Fehleinschätzungen bei der Altersvorsorge in fortgeschrittenem Alter schwer zu korrigieren sind. Andere Institutionen wie etwa die Verbraucherzentralen, die Stiftung Warentest oder TV-Wirtschaftsmagazine erreichen annähernd ein Drittel Zustimmung. Den

privaten Finanzdienstleistern als Anbieter privater Vorsorgeprodukte bringen die Menschen dagegen nur sehr eingeschränktes Vertrauen entgegen. Die LVA sieht sich durch die repräsentative Befragung in ihrem Engagement für ein umfangreiches Beratungsangebot bestärkt. Mit ihren Beratungsstellen in Niedersachsen und den Versichertenältesten finden die Kunden stets kompetente Ansprechpartner ganz in der Nähe.

Informationen und Beratung, auch barrierefrei, im Internet:

www.lva-hannover.de
www.lhre-vorsorge.de

Gebührenfreies Service-Telefon:
0 80 00-4 63 65 82

„(K)ein Recht auf ein Kind“?

Fachtagung des SoVD Niedersachsen mit der Evangelischen Akademie Loccum

Auch in diesem Jahr bietet der SoVD Niedersachsen in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Loccum eine Fachtagung vom 11.-13. Oktober 2004 in Loccum an. Zu dem Thema „(K)ein Recht auf ein Kind – Elternschaft von Menschen mit Behinderungen“ erwarten Sie interessante Fachreferate, Präsentationen verschiedener Modellprojekte und spannende Podiumsdiskussionen mit Betroffenen und PolitikerInnen.

Wie viele Mütter mit Behinderungen es in Deutschland gibt, ist leider nicht bekannt. Schätzungsweise 100.000. Dass das Thema noch immer tabuisiert wird, sieht man daran, dass es keine aussagekräftigen Studien gibt.

Noch immer ist eine Frau mit Behinderung, die schwanger werden möchte, für viele eine verantwortungslose Person. Obwohl heute viele Paare sogar Selektion erwägen, gibt es für den Kinderwunsch behinderter Menschen kein Verständnis. Im Ge-

genteil: Entscheiden sich behinderte Frauen dennoch für ein Kind, haben sie oft gegen hartnäckige Vor- und Urteile anzukämpfen.

Die Tagung fragt nach Möglichkeiten und Lösungen. Wie kann behinderten Müttern die Schwangerschaft und Erziehung erleichtert werden? Und wie eine selbständige Lebensführung gewährleistet werden? Anhand von Modellprojekten sollen Konzepte aufgezeigt werden, um Betroffenen, Angehörigen und Interessierten konkrete Vorschläge bei der Schwangerschaft und Erziehung zu machen. Außerdem werden die rechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt und analysiert. BK

Info und Programm:

SoVD Niedersachsen
Birgit Kloss
Tel. 05 11-7 01 48 39
birgit.kloss@sovd-nds.de



len. Wer selbst Hilfe im Alter benötigt, darf nicht allein gelassen werden.

Wir brauchen einen Paradigmenwechsel im Umgang mit den Themen Alter und Pflege. Es gibt viele gute Ideen und vernünftige Ansätze, die weiter verfolgt wer-

den sollten. Dass Jüngere und Ältere sowie Familien und Kinderlose gut zusammen leben und voneinander lernen können, zeigt zum einen der Alltag und zum anderen das Beispiel der Mehrgenerationenhäuser in Niedersachsen. Ein Ausbau dieser Häuser ist wünschenswert.

Alle Probleme, die sich für den Einzelnen durch den demografischen Wandel und den Umbau der Sozialsysteme ergeben, müssen von allen gesellschaftlichen Gruppen solidarisch getragen werden. Hospizarbeit und Palliativmedizin müssen ausgebaut, eine Pflegezeit analog zur Elternzeit muss eingeführt werden. Vor allem aber muss die Diskriminierung von Alten endlich aufhören, und sie müssen endlich als gesellschaftlich relevante Gruppe akzeptiert und anerkannt werden. Denken wir immer dran: eines Tages sind wir wahrscheinlich selbst – alt.